# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2–10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d


## Inhalt


Hans Krollmann MdL, Hessens Kultusminister, will schönere Schulhöfe, damit Kindern bessere soziale Verhaltensweisen erlernen.
Seite 1/2

Jürgen Linde MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion, wendet sich gegen eine einseitige wirtschaftspolitische Betrachtungsweise in der Fremdenverkehrspolitik.
Seite 3/4

Wolfgang Becker, NDR-Rundfunkrat und Vorsitzender des Medienbeirates der niedersächsischen SPD, über die Rundfunkpläne des hannoverschen Ministerpräsidenten: Ernst Albrecht und die Homosexualität.
Seite 5/6



Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108–112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 116 / 21. Juni 1979


## Unsere Schulhöfe müssen schöner werden

### Statt Kasernenhofatmosphäre kindgerechte Gestaltung

Von Hans Krollmann MdL
Kultusminister des Landes Hessen

Grauer Asphalt, Ziersträuche in Betonkübeln, vielleicht noch die eine oder andere Sitzgelegenheit: Schulhöfe bieten heutzutage noch immer ein meist eintöniges und phantasieloses Bild! Das ist zu wenig, um zur Entspannung und Erholung von Kindern zwischen anstrengenden Unterrichtsstunden beizutragen, zu wenig auch um dem Bewegungs- und Spielbedürfnis jüngerer Schüler gerecht zu werden.

Soziale Verhaltensweisen kann man kaum in einer Kasernenhofatmosphäre vermitteln. Dafür muß man, so meine ich, nicht nur in der Lehrerbildung und in Rahmenrichtlinien sondern auch in der Schulhofgestaltung die Voraussetzungen schaffen.

Ich messe der Gestaltung unserer Schulhöfe auch im Hinblick auf den Abbau von Aggressionen größte Bedeutung bei. Eine kindgerechte Gestaltung des Schulhofs verringert ganz entscheidend die Konfliktanlässe. Je weniger Zwänge und Verbote das Verhalten der Schüler reglementieren und Erinnerungen an den Kasernenhof wachrufen, umso eher kann es gelingen, soziale Verhaltensweisen einzuüben.

Ich will es gerne konkretisieren: Ein erster Schritt kann es sein, den Schulhof in mehrere voneinander unabhängige Freiflächen zu gliedern. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, daß sich Schüler in der Pause in mehrere Gruppen aufteilen und ungestört und zwanglos miteinander reden können.

Der Schulhof kann darüber hinaus ein helleres und ansprechenderes Aussehen bekommen, wenn auf den üblichen dunklen Asphaltbelag verzichtet wird und stattdessen eine feste Decke mit aufgewalzter Feinkiesauflage, ein Betonverbundpflaster oder auch ein Kunststoffbelag verwandt wird.

Zusätzliche Spiel- und Beschäftigungsanreize für Schüler ließen sich mit verhältnismäßig geringem Aufwand realisieren:

- Aufzeichnung von Spielfeldern,
- Gestaltung des Pausenhofs als Verkehrsübungsplatz für Fahrradfahrer durch Anbringung von Markierungen und Aufstellen von mobilen Verkehrsschildern,
- Einrichtung von Gruppenecken, die nicht nur in den Pausen sondern auch für den Unterricht genutzt werden (Freiunterrichtsplätze).
- In der Nähe des Schulhofs sollten Kleinsportplätze, bei Grund- und Sonderschulen auch Klettergärten und Sandkästen angelegt werden und
- an den Nachmittagen sollten die Schulhöfe für Kinder als Spiel- und Betätigungsflächen zur Verfügung stehen.

Wenn auch die einzelnen Städte und Landkreise als Schulträger zuständig sind: Zur Verschönerung trister Schulhöfe ist auch die gemeinsame Initiative von Schülern, Lehrern und Eltern gefordert. Mancher Schulhof in Hessen wurde schon von den unmittelbar Betroffenen mit Ideen und viel handwerklichem Geschick umgestaltet. Dabei gelang es den Schulhofinitiativen nicht selten, finanzielle und materielle Hilfen in erheblichem Umfang zu mobilisieren. Die gemeinsame Arbeit am Schulhof hat, so stellten die Beteiligten oft fest, das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Lehrern, Eltern und Schülern verbessert und hat sich auch positiv auf die Arbeit im Unterricht ausgewirkt.

Die Initialzündung für solche Schulhofinitiativen kann nach unseren hessischen Erfahrungen von Wettbewerben ausgehen, die von den Schulträgern ausgeschrieben werden. Dies ist zumindest ein erster Weg, um die Öffentlichkeit auf den trostlosen Zustand vieler Pausenhöfe hinzuweisen und das notwendige Problembewußtsein herzustellen.

(-/21.6.1979/vo-he/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Voraussetzung für Urlaub, Freizeit und Erholung. Auch für diesen Bereich müssen deshalb politische Ziele formuliert und die vorhandenen staatlichen und privaten Initiativen koordiniert werden.

Die Grundsätze und Leitlinien sozialdemokratischer Fremdenverkehrspolitik sollen jetzt von den Fremdenverkehrsexperten der Partei in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion und der Friedrich-Ebert-Stiftung planmäßig zu einem fremdenverkehrspolitischen Gesamtkonzept ausgebaut werden. Gleichzeitig sollen die fremdenverkehrspolitischen Überlegungen mit den 18 Fremdenverkehrsregionen in der Bundesrepublik in Regionalkonferenzen diskutiert werden, damit von Beginn der Arbeit an die praktischen Probleme des Fremdenverkehrs in die Gesamtkonzeption Eingang finden.

Der Tourismus hat seit Beginn der Reisewelle in den 60er Jahren Dimensionen erreicht, die auch Fehlentwicklungen deutlich machen. Warteschlangen im Charterflugverkehr, Verkehrsstaus zu Ferienbeginn und an allen Festtagen im Jahr werden als unausweichlich noch hingenommen. Man sollte jedoch über mehr nachdenken als nur über Fahrverbote. Trotz aller Sorgen über die bestehende Arbeitslosigkeit fehlen im Tourismus Menschen, die bereit sind, für die Freizeit anderer zu arbeiten. Direkt und indirekt sind mehr Menschen im Freizeitbereich beschäftigt als in der deutschen Automobilindustrie. Dennoch gibt es keine brauchbare Übersicht über diesen Bereich und die Anforderungen dieses Arbeitsmarktes, der sich vor allem dort befindet, wo durch regionale Schwächen Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich zunehmend seltener werden. Diesen Problemen soll jetzt ein Forschungsvorhaben des Bundesministers für Wirtschaft nachgehen. Die von der baden-württembergischen Landesregierung geforderte Lockerung des Anwerbestops ist viel zu kurz gezielt, weil dadurch bestehende Mängel kurzfristig nur überdeckt und langfristig eine dauerhafte Ordnung dieses Marktes nur verhindert würde. Weiter muß das Kur- und Heilbäderwesen fester neben der Apparate- und Medikamentemedizin in der Gesundheitspolitik verankert werden. Bundesminister Antje Huber, Aufforderung "Kur geht vor Krankheit" ist ein Weg in die richtige Richtung, dem die Verantwortlichen müssen ihm nun Tage folgen lassen.

Eine intakte und gepflegte Landschaft ist überall Voraussetzung für Fremdenverkehr, Freizeit und Erholung. Für aktive Landschaftspflege ungenützter Flächen fehlt es heute noch an der nötigen Bereitschaft. Auch hier muß die Fremdenverkehrspolitik dafür sorgen, daß die Interessen der erholungssuchenden Menschen und der Fremdenverkehrsregionen von der Agrarpolitik stärker beachtet werden.

Der Fremdenverkehr muß politisch insgesamt aus der einseitigen wirtschaftlichen Betrachtungsweise gelöst werden, damit im Alltagsgeschäft der Regierungen und Verwaltungen vor allem die gesundheits- und gesellschaftspolitische Bedeutung von Freizeit und Fremdenverkehr zur Geltung kommt.

Der Anfang einer Neuorientierung ist gemacht. Jetzt geht es um eine vernünftige Zusammenarbeit aller Beteiligten, die dringend ein Gesamtkonzept entwickeln müssen, damit die notwendige Freizeit auch wirklich den Menschen und denen, die in diesem Bereich arbeiten, zugutekommt. (-/21.6.1979/vo-he/ca)

\+ + +

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

# Ernst Albrecht und die Homosexualität

## Ein Tandaradei aus Albrechts privatem Land des Lächelns

Von Wolfgang Becker, NDR-Rundfunkrat

Vorsitzender des Medienbeirats der niedersächsischen SPD

Da braucht einer nichts als einen Fernseher, ein Radio und ein Vorurteil, dann kann er schon mitreden in der rundfunkpolitischen Debatte und beispielsweise vortragen, wenn die Leute eben lieber Fußball sehen möchten als diese dauernden Filme über Homosexuelle, dann müßte ihnen die Möglicheit dazu auch verschafft werden.

Mit dem Hinweis, daß der Vorschlag schon deshalb spinnert ist, weil Sendungen über Homosexualität nun wirklich selten genug zu sehen und zu hören sind und nicht jedesmal irgendwo Fußball gespielt wird, wenn denn doch mal Homosexuelles ausgestrahlt wird, ist es leider nicht getan.

Denn der Plan, Spiele zu senden statt Probleme auszutragen, stammt von dem CDU-Mann Ernst Albrecht, der nicht nur Bundeskanzler werden will, sondern als niedersächsischer Ministerpräsident damit befaßt ist, einen Beitrag dazu zu leisten, wie es mit Rundfunk in Norddeutschland weitergehen soll.

Nachdem der schleswig-holsteinische Regierungschef Stoltenberg, gleichfalls CDU, den Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) zu Ende kommenden Jahres gekündigt hat, müssen die drei Länder, die den NDR betreiben, also Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein, nun über einen neuen Staatsvertrag miteinander reden.

Gleich in das erste Gespräch der drei Regierungschefs ist Albrecht aber mit der Forderung hineingeplatzt, daß künftig auch privater Rundfunk und privates Fernsehen möglich sein müßten, und daß der NDR, wenn er denn überhaupt noch fortbestehen sollte, eine Reihe von Frequenzen, auf denen er sendet, gefälligst an solche privaten Sender abzugeben habe.

### Albrecht schert sich nicht um praktische Einzelheiten

Wie es Albrecht, der ja immerfort das Wahre, Gute und Schöne im Mund führt, so eigen ist, schert er sich dabei um praktische Einzelheiten nicht die Bohne, und nicht einmal seine eigene Staatskanzlei, wo Albrecht wegen seines eigensinnigen Stils schon mal "der Führer" genannt wird, weiß so recht, wie der hohe Herr sich das alles überhaupt vorstellt.

Dem Macher Albrecht ist es gleichgültig, daß gegen privaten Rundfunk grundsätzliche Bedenken bislang sogar in seiner CDU bestanden haben, weil privat nämlich kommerziell bedeutet, wozu die niedersächsischen Sozialdemokraten gesagt haben: "Wenn erst privatwirtschaftliche Kräfte auch den Rundfunk beeinflussen und kommerzialisieren könnten, wären Informationsfreiheit, objektive Nachrichtengebung und Unabhängigkeit der Journalisten in Gefahr."

### Privates Programm zum Heulen

Albrecht kümmert es auch gar nicht, daß die praktischen Probleme, die privater Rundfunk aufwerfen würde, noch gänzlich ungeklärt sind. Geklärt ist nur, daß nicht nur das Programm der Privaten, weil es aus Werbung zu finanzieren wäre, zum Heulen sein müßte, wie alle ausländischen Beispiele beweisen, sondern daß auf Dauer auch das Programm der öffentlich-rechtlichen Anstalten darunter leiden würde - zu Fußballübertragungen würde es allerdings reichen, zu Beiträgen, die Albrecht in den Bereich der Homosexualität abschiebt, freilich nicht.

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

## In Stoltenbergs Gehege

Und es stört Albrecht auch gar nicht, daß er mit seinen Privatisierungsplänen seinem Parteifreund Stoltenberg ins Gehege kommt. Stoltenberg möchte die NDR-Frequenzen zu der von ihm gewünschten Regionalisierung des Programms benutzen. Albrecht will sie dem NDR für konkurrierende Privatanstalten wegnehmen - von Rundfunk verstehen wohl alle beide nicht besonders viel.

Albrechts Forderung, als Preis für den Erhalt unseres NDR private Rundfunkanstalten zuzulassen, ist von der "Süddeutschen Zeitung" denn auch als "ebenso leichtfertig wie töricht" bezeichnet worden, ein Urteil, dem nichts hinzuzufügen ist. Aber schließlich entscheidet Albrecht wenigstens in diesem Fall nicht allein. Außer seinem Parteifreund Stoltenberg, der von Albrechts Attacke auch ganz schön überrascht war, sitzt auch noch Hamburgs Bürgermeister Klose und also ein Sozialdemokrat am Verhandlungstisch und redet ein paar Takte mit.

Und abgesehen davon, daß es immerhin auch noch ein Bundesverfassungsgericht gibt, das bislang immer dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Vorrang gegeben hat, gibt es die große Zahl der Rundfunkhörer und Fernsehseher in Norddeutschland, die zu gegebener Zeit wissen lassen werden, ob sie weiterhin qualifizierte NDR-Sendungen oder Tandaradei aus Albrechts privaten Land des Lächelns höhren und sehen wollen. (-/21.6.1979/vo-hc/ca)

\+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

---

Service:
Epplers Energie-Alternativen

Der Sozialdemokratische Pressedienst bietet seinen Lesern den ungekürzten Wortlaut der energiepolitischen Alternativ-Vorschläge des baden-württembergischen SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Erhard Eppler, der zugleich Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der Grundwertekommission beim SPD-Bundesvorstand ist. Im Mittelpunkt des Papiers steht die These, daß nur durch eine bessere Energienutzung und durch die dadurch bewirkte Verminderung des Ansteigens des Energieverbrauchs eine Alternative zur bisherigen Energiepolitik geschaffen werden kann. Eppler sieht eine reale Chance, den Trend zu geringeren Zuwachsraten des Stromverbrauchs zu verstärken: Damit entfällt seiner Meinung nach jede Notwendigkeit für einen weiteren Ausbau der Kernenergie.

Schicken Sie bitte nachfolgenden Bestellschein an uns zurück.

Sozialdemokratischer Pressedienst
Postfach 12o4o8

5300 Bonn 12

Ich bestelle zur sofortigen Lieferung Normalpost O

..... Exemplare des Eppler-Papiers Eilboten O

Mit einem Scheck oder Briefmarken in Höhe von ... DM begleiche ich die Unkosten von DM 1o,-- pro Exemplar (bei Versand per Eilboten Zuschlag von DM 2,5o)

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier